



The American Jewish Committee

*The American Jewish Committee Berlin Office * Lawrence & Lee Ramer Institute for German - Jewish Relations
Leipziger Platz 15 * 10117 Berlin * Tel.: +49 (030) 22 65 94-0 * Fax: +49 (030) 22 65 94-14*

www.european-forum-on-antisemitism.org

Pressespiegel zum Gaza-Konflikt

I. Hintergrund und Allgemeines (Seite 3 –8)

1. Die Kriegsziele Israels im Gazastreifen (Der Tagesspiegel Online, 7. Januar 2009)
2. Hamas puts Gazans in danger by drawing IDF into urban warfare (Haaretz Online, 6. Januar 2009)
3. Steinmeier: „Noch kein Waffenstillstand in Sicht“ (Frankfurter Allgemeine Online, 10 Januar 2009)
4. Raketen aus Libanon auf Israel abgefeuert (Süddeutsche Zeitung Online, 8. Januar 2009)

II. Die Hamas und der Terrorismus (Seite 9 – 12)

1. Brüder im Zorn (Die Zeit Online, 8. Januar 2009)

III. Die Mediale Darstellung des Konflikts (Seite 13 – 18)

1. Wie verlässlich sind die Bilder des Krieges? (Der Tagesspiegel Online, 3. Januar 2009)
2. Die Fernsehbilder vom Krieg in Gaza lügen (Weltonline, 8. Januar 2009)

IV. Internationale Aspekte des Konflikts (Seite 19 – 33)

1. Ägypten holt Israel und Palästinenser an Verhandlungstisch (SPIEGEL Online, 8. Januar 2009)
2. Israel verhandelt über Waffenruhe (Süddeutsche Zeitung Online, 8. Januar 2008)
3. Die Grenze zwischen Rafah und Ägypten (Der Tagesspiegel Online, 7. Januar 2009)
4. Ohnmächtiges Mitleid mit der Bevölkerung (Frankfurter Allgemeine Zeitung Online, 7. Januar 2009)
5. Europäische Antisemiten leben ihren Judenhass aus (Weltonline, 8. Januar 2009)

6. Hamas ruft weltweit zu Anschlägen auf Israelis auf (Weltonline, 7. Januar 2009)
7. Rückkehr eines Gespenstes (Die Tageszeitung Online, 11. Januar 2009)

I. Hintergrund und Allgemeines

1. Malte Lehming über die Kriegsziele Israels im Gazastreifen

Der Tagesspiegel Online, 7. Januar 2009

BERLIN - Krieg löst keine Probleme. Kaum einen Satz würde man lieber unterschreiben als den. Leider stimmt er nicht, weder im allgemeinen Fall noch im konkreten, dem Gazakrieg.

Zunächst eine rasche, nicht chronologische und unvollständige Liste einiger durch Kriege gelösten Probleme: die Niederlage Hitler-Deutschlands, die Vertreibung der Franzosen aus Algerien, die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten, die Befreiung Kuwaits, der Sturz von Saddam Hussein, von Slobodan Milosevic, vom Mullah-Regime in Afghanistan.

Fast nie wurde in diesen Kriegen das Prinzip einer streng proportionalen Verhältnismäßigkeit beachtet, wie es aktuell gern von Israel gegenüber der Hamas verlangt wird, nach dem Motto: Israel darf nicht mehr Palästinenser töten als Israelis durch Palästinenser getötet worden waren. Eine idiotische Forderung! Wie war es denn sonst? Amerikaner töteten im Zweiten Weltkrieg viel mehr Deutsche und Japaner als umgekehrt Amerikaner durch Deutsche und Japaner starben. Und beim Sturz von Hussein, Milosevic und Mullah Omar wurden ebenfalls weitaus mehr Irakis, Serben und Afghanen getötet als Mitglieder der westlichen Allianzen. Würde das Prinzip der Verhältnismäßigkeit tatsächlich streng proportional angewendet, müssten am Ende aller Kriege die Chinesen gewonnen haben, weil sie schlicht die meisten sind.

Auch die insgesamt positive Entwicklung des Nahostkonflikts ist ohne Kriege kaum denkbar. 1948, 1967 und 1973 sicherte Israel seine schiere Existenz als Staat und festigte seine Stellung in der Region als einzige Demokratie. Mit Ägypten konnte daraufhin Frieden geschlossen werden, der mit Syrien vereinbarte Waffenstillstand hält bis heute, nach der Niederlage des Iraks im ersten Golfkrieg folgte der Frieden mit Jordanien.

Auch die beiden Libanonkriege, 1982 und 2006, waren durchaus erfolgreicher, als sie oft gesehen werden. Die Vertreibung der PLO aus Beirut stellte Jassir Arafat vor die Alternative, entweder als wirkungsloser Exil-Terrorist in die Geschichte einzugehen oder sich auf das Prinzip "Land gegen Frieden" einzulassen. Er entschied sich fürs Zweite, gefolgt von Oslo und dem Friedensprozess. Leider hielt Arafat, obwohl gekrönt durch den Friedensnobelpreis, seinen Strategiewechsel nicht lange durch.

Nach dem zweiten Libanonkrieg schließlich gestand Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah, sich gründlich verkalkuliert zu haben. Die Israelis hatten im Beirut

Stadtteil Dahiya die gesamte Kommandozentrale seiner Organisation zerstört. Der Schock hält an: Keine einzige Rakete hat die Hisbollah, die ja aufs Engste mit der Hamas sympathisiert (beide werden aus Teheran finanziert), seit Beginn des Gazakrieges auf den Norden Israels abgefeuert. Das nennt man Abschreckung.

Was könnte das Ziel nun der Operation "Gegossenes Blei" im Gazastreifen sein? Die Antwort fällt nicht schwer: eine entscheidende Schwächung der Hamas, sowohl militärisch als auch organisatorisch, eine wirksame Unterbindung des Waffenschmuggels durch Tunnel via Ägypten (eventuell überwacht von internationalen Truppen), eine Einbeziehung Ägyptens und der Fatah in die politische Neuordnung des Gazastreifens. Falls das gelingt, hätte Israel wieder einen echten Partner, um über das von aller Welt angestrebte Zwei-Staaten-Modell zu verhandeln.

Krieg löst keine Probleme? Einige schon, jedenfalls manchmal. Was aber auf jeden Fall stimmt: Er produziert auch viele neue. Fortsetzung folgt.

2. Hamas puts Gazans in danger by drawing IDF into urban warfare

By Avi Issacharoff

Haaretz Online. Last update - 05:44 06/01/2009

Hamas has thus far avoided direct clashes with Israel Defense Forces troops, preferring instead to take refuge in densely populated civilian neighborhoods, Palestinians sources said yesterday.

Hamas, they said, prefers to shoot from between houses, leaving local civilians to absorb the IDF's retaliatory strikes. Yesterday, two Palestinian families were killed by IDF fire.

The sources were highly critical of Hamas, saying its promises of fierce resistance to any Israeli ground incursion have proven empty.

According to the Hamas-run Health Ministry, 120 Palestinians have been killed since the ground operation began, the vast majority of them civilians, including 35 children and 18 women. Palestinian sources said the high ratio of civilian to militant casualties stems from Hamas' decision to have its fighters take refuge in civilian quarters rather than meeting the IDF on the outskirts.

Hamas has used snipers against Israeli troops and laid ambushes for them, but is not sending large forces into open areas where the IDF's numerical edge could prove decisive, the sources added. The IDF, for its part, has thus far declined to enter densely populated neighborhoods. Nevertheless, Hamas spokesman Abu

Obeida continued to insist yesterday that the "defeat of the Zionist army is closer than ever."

The sources also said that senior Hamas officials have been spotted more than once wandering around the maternity ward of Gaza City's Shifa Hospital and even using the hospital to hold press conferences, on the theory that it offers a safe haven from Israeli fire. For the same reason, Hamas forces have taken refuge near buildings that serve as headquarters for various international organizations, such as the Red Cross and the United Nations.

3. Steinmeier: „Noch kein Waffenstillstand in Sicht“

Franfurter Allgemeine Online, 10. Januar 2009

Mit Beginn der dritten Woche ihrer Militäroffensive im Gazastreifen hat die israelische Armee verstärkte Angriffe auf Waffenlager und Tunnel radikaler Palästinenser angekündigt. Ungeachtet aller Friedensappelle bombardierte das israelische Militär am Samstag abermals über 40 Ziele. Nach Angaben der palästinensischen Gesundheitsdienste kamen dabei 36 Menschen ums Leben.

Damit stieg die Gesamtzahl der Toten seit Beginn der Offensive am 27. Dezember auf über 830. Unter ihnen sollen nach israelischen Angaben über 300 Hamas-Kämpfer sein. Rund 3.500 Menschen wurden verletzt. Auch die radikale Hamas feuerte wieder Raketen auf Israel. Die humanitäre Lage in Gaza verschärfte sich. Bewohner klagten, Trinkwasser- und Lebensmittelvorräte gingen zur Neige.

Steinmeier mit Vermittlungsversuchen

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) ist unterdessen zum Auftakt seiner zweitägigen Nahost-Mission in Kairo mit dem ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak sowie mit Palästinenserpräsident Mahmud Abbas zusammengetroffen. Steinmeier mahnte einen konkreten „Arbeitsplan“ für einen Waffenstillstand an.

Die Resolution des Weltsicherheitsrats ebne den Weg, reiche aber nicht aus. Mubarak bemüht sich, zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln. Zu diesem Zwecke hält sich auch eine Delegation der mit der Fatah von Abbas rivalisierenden Hamas in Kairo auf. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon

protestierte in einem Telefonat mit dem israelischen Regierungschef Ehud Olmert gegen Israels fortlaufende Angriffe. Die UN hatten am Freitagabend angekündigt, ihre nach dem israelischen Angriff auf einen Hilfskonvoi eingestellten Aktivitäten wieder aufzunehmen.

In Großbritannien und Deutschland gab es am Samstag abermals anti-israelische Proteste. Auch in Washington war am Abend eine Großdemonstration geplant.

Auf über dem nördlichen Gazastreifen abgeworfenen Flugblättern drohte Israel mit der verstärkten Bombardierung von Schmugglertunneln und Waffenlagern. „Wir raten allen Bewohnern, sich von diesen Zielen entfernt zu halten“, hieß es. In den vergangenen Tagen hatte die israelische Luftwaffe Tunnel bei Rafah im Süden des Gazastreifens massiv bombardiert. Infolgedessen waren Zehntausende Menschen geflohen. Militärexperten gehen davon aus, dass die Hamas auch in den anderen Teilen des Gazastreifens über unterirdische Anlagen verfügt.

„Arbeitsplan für einen dauerhaften Waffenstillstand“

Angesichts der andauernden Kämpfe forderte Steinmeier möglichst konkrete Schritte, um doch zu einer Waffenruhe zu kommen. Die Resolution des Weltsicherheitsrats ebne den Weg, reiche aber nicht aus. Ziel müsse nun sein, einen „Arbeitsplan für einen dauerhaften Waffenstillstand“ zustande zu bringen. Die Bundesregierung werde dazu konkrete Hilfe zur Verfügung stellen, kündigte Steinmeier nach den Gesprächen in Kairo an. Bereits in den nächsten Tagen soll sich eine deutsche Expertengruppe nach Ägypten auf den Weg machen, die helfen soll, den Waffenschmuggel in den Gazastreifen zu unterbinden.

Am Nachmittag machte sich Steinmeier in der Grenzstadt Rafah - einem der Knotenpunkte des Schmuggels - selbst ein Bild von der Lage. Dort erlebte der Außenminister den Krieg hautnah. In nur etwa 500 Meter Entfernung auf der palästinensischen Seite der Grenze schlugen während des einstündigen Besuchs zwei israelische Raketen ein. „Es ist richtig, Erschütterung zu zeigen über die Verletzten und Toten. Aber die Außenminister der Europäischen Union müssen ein bisschen mehr tun, dass aus den Deklarationen nun tatsächlich ein Waffenstillstand wird“, sagte er. Auf die Frage, wann ein Waffenstillstand möglich sei, erklärte der Minister: „Ich kann es offen gesagt nicht sagen. Niemand kann es sagen.“

„Brauchen eine internationale Präsenz“

Am Abend traf Steinmeier in Israel ein. Dort waren am Sonntag Gespräche mit Staatschef Schimon Peres und Außenministerin Zipi Livni geplant. Palästinenserpräsident Abbas sprach sich unterdessen für die Entsendung einer internationalen Truppe in den Gazastreifen aus. „Wir brauchen eine

internationale Präsenz zum Schutz der Menschen im Gazastreifen und nicht nur internationale Beobachter an der Grenze zu Ägypten“, betonte er.

Die Hamas, die ebenfalls Gespräche mit der ägyptischen Führung in Kairo über den Weg zu einer Waffenruhe führt, will keine ausländischen Soldaten im Gazastreifen. Abbas erklärte, der von Ägypten und Frankreich unterbreitete Plan für eine Waffenruhe sei das richtige Instrument zur Umsetzung der UN-Resolution 1860.

Der UN-Sicherheitsrat hatte sich nach tagelangem Ringen am Donnerstag auf eine Resolution geeinigt, die neben einer Waffenruhe einen vollständigen Rückzug Israels aus dem Gazastreifen fordert. Nach Angaben palästinensischer Rettungskräfte kamen seit Beginn der israelischen Militäroffensive am 27. Dezember mehr als 800 Palästinenser ums Leben, 3330 Menschen wurden verletzt. Auf israelischer Seite wurden nach Armeeangaben seit Angriffsbeginn drei Zivilisten und zehn Soldaten getötet, außerdem gab es 154 Verletzte.

4. Raketen aus Libanon auf Israel abgefeuert

Süddeutsche Zeitung Online, 8. Januar 2009

Während im Gaza-Streifen die Kämpfe fortgesetzt werden, gibt es weiter nördlich einen neuen Gewaltausbruch: Nordisrael wurde aus dem Libanon mit Raketen beschossen - Israels Militär feuerte umgehend zurück.

Israel ist am 13. Tag seiner Militäroffensive im Gaza-Streifen erstmals wieder aus dem Libanon beschossen worden. Das teilte ein Sprecher der israelischen Armee mit. Unklar war zunächst, ob hinter dem Angriff radikale Palästinenser oder die libanesisch Hisbollah standen.

Die israelische Polizei sprach von drei Raketen, die an drei verschiedenen Orten in der Region Galiläa einschlugen. Die Behörden ließen Schulen schließen und wiesen die Bevölkerung an, in den Schutzräumen zu bleiben. Mehrere Personen seien leicht verletzt worden, meldeten israelische Medien.

Kurz nach der Raketenattacke reagierte Israel: Die Armee habe auf Ziele im Süden des Libanon gefeuert, berichteten israelische Medien. "Wir schießen direkt auf den Ursprungsort des Raketenbeschusses im Libanon", sagte ein israelischer Militärsprecher. Auf den Süden des Libanon seien fünf Granaten abgefeuert worden.

Das israelische Militär geht nach Rundfunkangaben davon aus, dass militante Palästinensergruppen die Raketen aus dem Libanon mit Einwilligung der pro-iranischen Hisbollah-Milizen abgefeuert haben. Die israelische Zeitung *Haaretz* meldete, dass libanesischen Quellen zufolge Palästinenser für die Angriffe verantwortlich seien.

Am Vortag hatte Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah in der libanesischen Hauptstadt Beirut zum Kampf gegen Israel aufgerufen. "Wir sind bereit, unsere Seelen, unsere Kinder und unsere Liebsten zu opfern", sagte er vor Zehntausenden Anhängern der Schiiten-Miliz.

Nasrallah schloss in seiner auf Leinwänden übertragenden Rede nicht aus, Israel vom Norden aus anzugreifen und die israelische Armee so in einen Zwei-Fronten-Krieg zu verwickeln. "Alles ist möglich", sagte der Hisbollah-Chef.

Vor zweieinhalb Jahren hatte Israel einen Krieg im Libanon gegen die mit der radikal-islamischen Hamas sympathisierende Hisbollah-Miliz geführt. Die Hisbollah hatte damals vom südlichen Libanon aus zahlreiche *Katjuscha*-Raketen auf israelisches Gebiet abgefeuert.

II. Die Hamas und der Terrorismus

1. Brüder im Zorn

Von Michael Thumann

Die Zeit Online, 8. Januar 2008

Hamas wird von der Hisbollah-Miliz, Syrien und Iran unterstützt. Aber man könnte die Allianz aufbrechen

Beirut - Im Beiruter Stadtteil Haret Hreik, der Hochburg von Hisbollah, wird fleißig gebaut. Rohbauten wachsen hoch, wo israelische Kampfbomber im Juli 2006 Wohnungen und Büros in Schutthaufen verwandelten. Daneben heben nun Bagger neue Baugruben aus, genau am einstigen Hauptquartier der »Partei Gottes«. Davor stehen Schilder mit zwölfstöckigen Wohntürmen in der Mittelmeersonne, davor ein imaginärer Fuhrpark mit Limousinen aus süddeutscher Produktion. »Es wird besser als je zuvor« heißt der Leitspruch der Baufirma Waad. Das Hisbollah-Unternehmen heißt auf Deutsch »Versprechen«, das muss sie nun einhalten. »Eigentlich hilft die Regierung«, erzählt eine ehemalige Bewohnerin des Viertels. »Jede ausgebombte Familie bekommt Geld vom Staat.« Viele geben es dann Waad, damit die was draus bauen. Das Lob für den Wiederaufbau im Frieden kassiert am Ende Hisbollah.

Krieg, das ist hier böse Erinnerung und täglicher Medienkonsum. Aus jeder Wohnung, jedem Café dringen die Fernsehnachrichten, es gibt nur ein Thema: Bomben auf Gaza. Al-Manar, der Hisbollah-Sender und arabische Satellitenkanäle berichten rund um die Uhr über den israelischen Angriff auf Hamas. »Wie bei uns vor zwei Jahren«, sagen viele Beiruter. Die Schiiten in Haret Hreik sehen im Krieg gegen die sunnitische Hamas in Palästina eine Kopie der Angriffe auf den Libanon vor vierzig Jahren, die Hisbollah mit der Entführung israelischer Soldaten provoziert hatte. Sie wünschen Hamas, dass sie jetzt genauso unterm Bombenhagel durchhalten möge wie Hisbollah damals.

Hisbollah und Hamas – auf diese einst winzigen islamischen Milizbewegungen schaut heute die ganze Welt. Solidarität, womöglich ein Bündnis von Schiiten und Sunniten – das scheint schlecht zu passen zum Kampf der Kulturen, zum großen Gegensatz zwischen dem radikalschiitischen Iran und der streng sunnitischen Vormacht Saudi-Arabien. Was hält die Allianz von Hamas und Hisbollah zusammen, was verbindet sie mit den großen Staaten Iran und Syrien, die als Paten der Radikalen-Front gelten?

In seinem lichten, modernen Büro aus der Nachkriegsära nach 2006 in Südbeirut lädt Hussein zu einem Tee ein. Keine Flaggen an der Wand, keine Widerstandsfolklore, nur ein Computer, aufgeräumte Ablagen und ein Tisch aus

mattiertem Glas. Hussein kommt aus der Hisbollah-Bewegung, er möchte seinen echten Namen aus Sicherheitsgründen nicht in der Zeitung lesen. Die Frage, was denn Schiiten und Sunniten zusammenreibt, freut ihn geradezu. »Ja, wir sind mit Hamas in einem Bündnis.« Hamas lerne von Hisbollah. Das sei ein Beispiel dafür, dass die Region nicht von religiösen und konfessionellen Gegensätzen zerrissen werde. »Wir haben es vielmehr mit politischen Gegensätzen zu tun«, sagt Hussein – nichts Metaphysisches, sondern Konflikte zwischen Israel und seinen Gegnern, zwischen Feinden und Freunden Amerikas.

Hisbollah und Hamas sind in den achtziger Jahren entstanden. Als Widerstandsbewegungen gegen Israel, so sehen sie es selbst. Als Terrorzellen gegen erfolgreiche westliche Staaten, so sehen es Israelis und Amerikaner. Die palästinensische Hamas hatte ihr Vorbild in den Muslimbrüdern in Ägypten, die den »Islam für die Lösung aller Dinge« halten. Die libanesische Hisbollah wurde mit der fürsorglichen Hilfe des iranischen Botschafters in Damaskus aufgebaut. Im von Israel besetzten Südlibanon wuchsen die schiitischen Milizen auf im Geist der iranischen Revolution.

»Widerstand« gegen Israel erhoben Hamas und Hisbollah zum politischen Lebenszweck. Sieg – das ist für sie der Raketenhagel auf israelische Städte. Von Anfang an war die um wenige Jahre ältere Hisbollah besser aufgestellt. Suppenküchen für eine im Krieg verarmte Bevölkerung, eine in sich geschlossene Erklärung der Welt aus der islamistischen Ideenfabrik und eine schlagkräftige Miliz – das ist das Erfolgsrezept. Talal Atrissi, ein Beirut Soziologe mit intimer Kenntnis von Hisbollah, sagt, die Partei Gottes würde ihre militärischen Fertigkeiten an Hamas weiterreichen. Kleine Gruppen würden in Syrien und im Libanon gedrillt. »Diese Hamas-Milizen gehen danach zurück nach Gaza und bilden dort andere aus«, sagt er.

Heute, über zwanzig Jahre nach ihrer Gründung, haben Hisbollah und Hamas Wahlen gewonnen und stellen in ihren Ländern Minister. »Doch ihre riesige Popularität in der islamischen Welt verdanken sie nicht ihrer Regierungsarbeit«, sagt Atrissi. Sondern Israel. Vor allem der Hisbollah-Führer Scheich Hassan Nasrallah »wurde in jedem Krieg gegen Israel bekannter, beliebter und erfolgreicher«.

Nasrallah hat zu Beginn dieses Gaza-Krieges eine bemerkenswerte Rede gehalten. Mit weichem Timbre in der Stimme erschien er auf dem Bildschirm und verdammt die arabischen Regime in Ägypten und anderswo: »Sie sind Komplizen und Teil des amerikanisch-israelischen Projekts.« Seine Worte hallten wie Donner in der arabischen Welt. Sein Aufruf, zu Hunderttausenden auf die Straße zu gehen, erschüttert seither das menschenreiche Ägypten und Jordanien mit seinen vielen Palästinensern. Nur in Saudi-Arabien ist es nach Landessitte stiller. Hassan Nasrallah hat eine neue Front eröffnet, über die schiitisch-sunnitischen Linien hinweg, in den Köpfen der Araber und auf den Straßen Kairo.

»Das ist neu für Hisbollah«, sagt Hussein in seinem Südbeirut-Kontor. »Früher haben wir uns nicht in die Belange anderer arabischer Staaten eingemischt.« Doch jetzt stehe die Welt vor einem gigantischen humanitären Desaster in Gaza. Die arabischen Regime täten rein gar nichts. Nasrallah fordert von Kairo dringend die Öffnung des ägyptischen Grenzstreifens zu Gaza, über den vor dem Krieg Lebensmittel, Medizin und Waffen flossen.

»Wir wissen, dass diese Forderung Probleme zwischen uns und den arabischen Regimen schafft«, sagt Hussein. »Das ist die wahre Teilung der arabisch-islamischen Welt«, meint er, eben eine »politische«. Hier die Menschen auf der Straße, dort die arabischen Diktaturen aufseiten Amerikas. Hier Hisbollah und Hamas, die in Wahlen an die Macht gekommen seien, dort die Könige und Militärmachthaber. »Übrigens wählt man auch in Iran, der eine spezielle Form der Demokratie hat«, fügt Hussein lächelnd hinzu. »Wir machen aus unserem Bündnis mit Iran keinen Hehl.«

In Nahmittelost ist heute das Ergebnis einer missratenen US-Demokratisierungspolitik und des anschließenden Rückfalls in die alte falsche Realpolitik in der Region zu besichtigen. Die arabischen Verbündeten des Westens stützen sich auf Polizeiprügel, um islamistische Bewegungen niederzuhalten. Doch sobald in Palästina oder Libanon gewählt wird, gewinnen die Feinde Amerikas und Israels. Natürlich ist dieses Bild freien Wählerwillens verzerrt. Zum Viererbündnis Hisbollah-Hamas-Syrien-Iran gehört eben auch die Damaszener Diktatur, und Hamas hat die politische Konkurrenz aus Gaza verjagt. Überhaupt ist er seltsam heterogen, dieser mittelöstliche Klub aus Sunniten, Schiiten und Alawiten, aus Islamisten und Säkularen. Die Sehnsucht nach Demokratie hält ihn gewiss nicht zusammen, nicht die Konfession und auch nicht der Islamismus: Damaskus verfolgt die syrischen Islamisten mit aller Härte.

Der Soziologe Atrissi hält das Viererbündnis für eine Art pragmatische Allianz gegen Israel und Amerika. Der Palästina-Konflikt ist ihre Handelsware. Ihr Erfolg und ihre Ausstrahlung weit über Syrien, Libanon und Iran hinaus gründen in ihrer radikalen Ablehnung der israelischen Politik. Atrissi geht so weit, zu behaupten, dass die syrisch-iranische Allianz mit Hisbollah und Hamas in heutiger Form nie entstanden wäre, hätten die Palästinenser nach dem Oslo-Abkommen 1993 ihren Staat bekommen.

Möglich. Aber wenn denn der israelisch-palästinensische Konflikt so wichtig ist für die vier, warum bekennen sie sich nicht zu dem jüngsten Beschuss Israels mit Kleinraketen, um Hamas militärisch und psychologisch zu entlasten? Bis zum Ashurafest an diesem Mittwoch hatte sich Hisbollah ganz zurückgehalten. In Südbeirut wehrt Hussein strikt ab. »Hisbollah ist eine libanesische Befreiungsbewegung. Wir haben immer die libanesische Souveränität verteidigt, das heißt die libanesischen Grenzen.« An denen herrschte in den vergangenen Wochen bis auf einen ominösen Raketenfund und Tiefflüge israelischer

Kampfjets Ruhe. Westliche Diplomaten in Beirut sagen, die UN-Truppe Unifil, die libanesische Armee und Hisbollah bewachten jeder für sich die Ereignislosigkeit an Israels Nordgrenze. Würden sie jetzt einen Krieg losstreten, würden sie die schiitische Gemeinschaft verschrecken, ihre breite Unterstützung im Libanon riskieren und die Wahlen im kommenden Frühling verlieren. Merke: Nicht überall decken sich die Interessen von Hamas und Hisbollah, sie wirken in unterschiedlicher Umgebung.

Um die zu verstehen, spazierte man nur ein wenig im Hisbollah-Distrikt herum. Auf den Straßen laufen Frauen mit schwarzem Tschador neben Frauen mit schwarzen, offenen Locken. Anders als im islamisierten Gaza bietet in der Nähe der Hisbollah-Büros ein Supermarkt das größte Alkoholsortiment der Stadt an.

»Wir machen Politik im Libanon als Teil der Regierung!« – bei dieser Feststellung lehnt sich Hussein behaglich im Sessel zurück. Seit dem vorigen Sommer ist Hisbollah in der libanesischen Regierung mit einer Sperrminorität vertreten. Die Partei hat dafür Zugeständnisse beim Zuschnitt der Wahlbezirke gemacht und hält sich getreu an den Kompromiss – das bestätigen auch die libanesischen Gegner Hisbollahs. Damit ist die Partei Gottes ganz anders aus ihrem bewaffneten Aufstand vom Mai 2008 herausgegangen als Hamas aus ihrem Bruderkrieg mit Fatah. Hamas hat Fatah in Gaza aus der Regierung geworfen, und Fatah revanchierte sich ebenso in Ramallah. »Wir lehnen das Modell des Rauswurfs ab«, sagt Hussein.

Natürlich darf man im Libanon der Ruhe nie trauen, das sieht man an dem Beschuss Israels mit Kleinraketen vom Donnerstag. Spekulationen im Libanon kreisen um die Täterschaft palästinensischer Gruppen. Hisbollah dementiert, dass sie die Katjuschas abgeschossen habe. Die islamistische Partei weiß, worum es geht. Zumindest bis zur libanesischen Wahl im Frühling befindet sie sich in einer Großen Koalition mit Sunniten und Christen. Die stünde auf dem Spiel wie der wacklige Friede im ganzen Libanon, wenn Hisbollah jetzt eine militärische Front gegen Israel eröffnen würde. Eine solche Große Koalition von Fatah und Hamas fehlt übrigens den Palästinensern. Weil ihre Kampfparteien es hintertrieben - und weil zu viele Politiker in Washington und Jerusalem den Kompromiss mit Hamas nicht wollten.

III. Die mediale Darstellung des Konflikts

Wie verlässlich sind die Bilder des Krieges?

Der Tagesspiegel Online, 03.01. 2009

In Nahost wird auch um die Deutungshoheit gekämpft. Nur palästinensische Fotografen, Kameraleute, Reporter können im Gazastreifen arbeiten, weil Israel keine ausländischen Journalisten dorthin lässt. Damit tut sich das Land keinen Gefallen.

Militärisch könnte Israel den Krieg um Gaza jederzeit für sich entscheiden. Doch das politische Resultat des Waffenganges bestimmen weniger die israelischen Bomben und auch nicht die palästinensischen Raketen, sondern insbesondere die Bilder der Opfer und Zerstörungen. "Auch tausend noch so kluge und einleuchtende Erklärungen von Spitzenpolitikern vermögen nichts auszurichten gegen ein Bild eines weinenden Kindes vor den Trümmern seines Hauses oder gar eines toten Säuglings." Mit solchen und ähnlichen Erklärungen dämpften israelische PR-Experten die Erwartungen der israelischen Politiker. Tatsächlich sind die aus dem abgesperrten Gazastreifen in die Außenwelt gelangenden Bilder hauptverantwortlich für die sich zunehmend gegen Israel wendende öffentliche Meinung weltweit.

Wer macht die Bilder?

Die Bilder erzählen ohne Worte die Geschichte des Sterbens, des Leidens und der Not der unschuldigen Zivilbevölkerung. Doch sie bilden nur einen, wenn auch wesentlichen Teil der Kriegswirklichkeit ab und verzerren so auch das Bild, das sich ihre Betrachter von der Lage machen. Jedes einzelne Foto, jede Videoaufnahme, ja jedes gesprochene oder geschriebene Wort aus dem Gazastreifen stammt aus palästinensischen Quellen. Nur palästinensische Fotografen, Kameraleute, Reporter können im Gazastreifen arbeiten, von dort für israelische und internationale Medien berichten. Denn Israel hat sämtliche Grenzübergänge bisher für Medienvertreter geschlossen.

Wie frei können Journalisten vor Ort arbeiten?

Medienvertreter kämpfen ihren eigenen Kampf gegen die israelische Regierung und die Armee – sie ringen um die Einhaltung der Pressefreiheit. Zwar erlangten die Journalisten einen kleinen Sieg, als das oberste Gericht in Jerusalem entschied, dass die Regierung ausländischen Journalisten zum Zwecke der Berichterstattung die Einreise in den Gazastreifen erlauben müsse. Doch von freier Berichterstattung kann nicht die Rede sein. Denn die israelische Regierung widersetzte sich auch am Freitag der Anordnung des obersten Gerichtshofs. Auch wurde die Minimalforderung der FPA von täglich zwölf Medienvertretern – zwei TV-Teams, Fotografen, Radio- und Zeitungsreportern – vom Gericht nicht akzeptiert. Auch die Armee will jeweils maximal acht Journalisten die Einreise

gestatten und auch festlegen, wann diese acht Medienvertreter geschlossen wieder ausreisen müssen.

Der FPA-Vorsitzende Simon McGregor vom amerikanischen ABC-TV spricht der staatlichen Pool-Reduzierung "jede Logik" ab, auch zwölf wäre "ungenügend" gewesen. Jetzt müsse er sich genau wie seine Kollegen weiterhin einzig auf palästinensische Quellen stützen und so der Hamas ein "exklusives Monopol" einräumen. Der Chef des israelischen "Government Press Office" (GPO), Danny Seaman, hält dem entgegen, dass die "Auslandsmedien in Gaza Feigenblätter für die News werden und ihren Berichten Glaubwürdigkeit geben", obwohl sie von der Hamas ausgenutzt, unter Druck gesetzt und missbraucht werden. Deshalb zieht Seaman palästinensische Berichterstatter vor, deren Abhängigkeiten klar seien. Doch dies sieht der Betrachter in Deutschland, in den USA oder in Australien den Bildern nicht an. Und selbst wenn in Kürze auch ausländische Fotografen internationaler Agenturen Bilder aus dem Gazastreifen liefern, werden sich diese nicht oder allerhöchstens minimal von denjenigen palästinensischer Herkunft unterscheiden. Denn wer immer in Krisen- und Kriegsgebieten professionell mit der Kamera unterwegs ist, der versucht die dramatischsten, die aussagekräftigsten und damit auch die schrecklichsten Bilder zu liefern.

Höchstens in den Proportionen könnte sich etwas ändern. Man erinnere sich: Am ersten Kriegstag, nach dem überraschenden und verheerenden Blitz der israelischen Luftwaffe, lieferten die palästinensischen Fotografen und Kameraleute unverhältnismäßig viele Aufnahmen verletzter Kleinkinder, obwohl es sich bei fast allen Toten und Verletzten um uniformierte Hamas-Kämpfer und Polizisten handelte. Bilder unschuldiger Kinder als Opfer lassen sich nicht nur besser verkaufen, sie dienten auch der Hamas als Beweis für ihre falsche Behauptung, Israel greife nicht nur sie, sondern unterschiedslos alle Palästinenser an.

Wie ist die restriktive Informationspolitik der Israelis zu bewerten? Israels aktuellen Begründungen für die derzeitigen Einreiseverbote für Journalisten sind zumindest fragwürdig. Seit längerem gilt ein solches Einreiseverbot für israelische Journalisten oder einige Auslandskorrespondenten. Nachdem in den letzten zwei Monaten vor Kriegsbeginn der Gazastreifen immer wieder auch für ausländische Journalisten verschlossen blieb, ging der Erez-Grenzübergang nach heftigen Protesten für sie in unregelmäßig Abständen auf, aber jeweils ebenso schnell auch wieder zu. Begründet wurde dies einerseits mit der Gefahr für die Journalisten, andererseits mit der israelfeindlichen Berichterstattung bei früheren Waffengängen. Doch jeder Reporter, der in ein Krisengebiet fährt, muss zuvor ein Formular unterschreiben, spöttisch "Testament" genannt, dass dies auf eigenes Risiko geschehe und er keinerlei Schadenersatzansprüche gegen den Staat Israel erheben könne. Die Armee erklärte außerdem die israelischen Gebiete direkt am Gazastreifen, in denen die Bodentruppen auf ihren Einmarschbefehl warten, zu militärischen Sperrgebieten,

obwohl den Reportern dort keine Gefahr droht.

Welche Informationswege nutzt das israelische Militär?

Besonders beliebt ist bei den israelischen Militärs das Internet. Auf der Videoplattform Youtube hat der Pressestab des Militärs einen eigenen Kanal eingerichtet, auf dem die Luftangriffe gezeigt werden. 18 Videos stehen mittlerweile online, die beispielsweise die Zerstörung eines Tunnels zeigen, durch den die Hamas Waffen transportiert haben soll. Über 600.000-mal wurde die Seite bisher aufgerufen. Allerdings schien Youtube nicht ganz so begeistert von den Aktivitäten des israelischen Militärs. Denn einige Videos hatten die Plattformbetreiber kurzerhand von ihrer Seite genommen. Nach Protesten von Usern wurden aber alle Filme wieder zur Verfügung gestellt. Youtube erklärte die kurzzeitige Sperrung der Videos damit, dass geprüft wurde, ob diese Aufnahmen des israelischen Militärs gegen die Nutzungsbedingungen von Youtube verstoßen. Demnach dürfte kein volksverhetzendes und gewaltverherrlichendes Material auf die Seite gestellt werden. Die Betreiber kamen nach der Prüfung aber zu der Erkenntnis, dass das Videomaterial den Nutzungsbedingungen genüge.

Wie arbeiten die Fotoagenturen im Krisengebiet?

Die beiden großen Nachrichtenagenturen AP und Reuters bekommen die Bilder von ihren Fotografen aus dem Gazastreifen zugeliefert. AP ist hier mit drei fest angestellten und fünf freien Mitarbeitern vertreten, die alle Palästinenser sind. "Sie arbeiten nach Standards, die größtmögliche Objektivität garantieren sollen", sagt Ferdinand Ostrop, stellvertretender Chef vom Dienst der AP-Fotoabteilung in Frankfurt. Die Bilder der Fotografen werden dann von den Redakteuren im AP-Büro in Jerusalem ausgewählt und auf ihre Authentizität hin überprüft, bevor sie in die Europazentrale nach London geschickt werden, die die Bilder dann Medien weltweit zur Verfügung stellt. Generell werden Kriegsbilder von den Agenturen besonders sorgfältig kontrolliert. "Haben wir auch nur leise Zweifel, dass ein Bild manipuliert sein könnte, lassen wir uns von dem Fotografen auch die davor und danach geschossenen Bilder senden", sagt Ostrop. Im Photoshop-Programm könnten die Bilder Pixel für Pixel so stark vergrößert werden, dass eine Montage sichtbar würde.

Besteht Manipulationsgefahr?

Thomas Hinrichs, Chef von ARD-Aktuell, weiß um die Gefahr der manipulierten Bilder. "Krieg ist immer auch eine Propagandaschlacht", sagt er. Deshalb müssten die Agenturen und Sender besonders darauf achten, nicht von einer der Kriegsparteien mit gefälschten Bildern getäuscht zu werden. "Keine Agentur ist davor gefeit", sagt Hinrichs. Die ARD habe jedoch das Privileg, für ihre Beiträge beispielsweise in "Tagesschau" und "Tagesthemen" nicht wie viele der Privatasender ausschließlich auf Agenturmaterial zurückgreifen zu müssen, sondern beschäftigt mit Sawah Abu Saif seit sieben Jahren einen eigenen Kamermann im Gazastreifen. Er war im Sommer 2008 von der Hamas entführt worden, kann inzwischen aber wieder für die ARD arbeiten. Bilder von Agenturen,

die beispielsweise über den "Euroservice" der European Broadcasting Union zur Verfügung gestellt werden, überprüft das ARD-Studio in Tel Aviv und die Aktuell-Redaktion in Hamburg auf ihre Plausibilität hin. Sie kontrollieren, wie aktuell die Bilder sind, ob zu den genannten Zeitpunkten tatsächlich bomben explodiert sind. "Wenn wir auch nur einen leisen Zweifel haben, werden die Bilder nicht ausgestrahlt", sagt Hinrichs. Die Agentur Reuters hatte im Libanonkrieg einen ihrer libanesischen Fotografen entlassen müssen, der Bilder manipuliert hatte. So ließ er durch eine Photoshop-Manipulation aus einem israelischen Flugzeug drei Bomben über Nabatijeh fallen, obwohl es in Wahrheit nur eine war.

Das Organ der Palästinenserregierung "Al Aijam" berichtete am 29. Dezember von Manipulationen mehrerer palästinensischer Kameraleute, welche die Mütter von Gefallenen instruierten, was sie in die Kameras sagen sollten. "Ein Kameramann sagte einer trauernden Mutter: 'Schlag dir ins Gesicht, weine, mache etwas'" Doch während der ersten Intifada in den 80er Jahren wurden israelische Kameraleute bei Schlimmerem erwischt. So wurde in einer von vielen Sendern übernommenen TV-Dokumentation auch ein israelischer Kameramann, der für einen amerikanischen Sender gearbeitet hatte, bloßgestellt. Er hatte palästinensischen Jugendlichen die Anweisungen gegeben, wie sie israelische Soldaten in einen Hinterhalt locken und in eine wahre Straßenschlacht verwickeln sollten.

Israels Armee reagierte damals auf die "unfreundliche" Berichterstattung mit militärischen Sperrzonen im Westjordanland. Amerikanische und französische Fernsehsender verteilten Videokameras an unausgebildete Palästinenser, die seither als Kameraleute ihr Geld verdienen. Auch Ehud Olmert kann sich an diese Zeit erinnern. Als der damalige außen politische Sprecher der regierenden Likud-Partei und heutige Ministerpräsident gerade ein Interview beendet hatte und auf dem Korridor einem palästinensischen Scheich begegnete, der sich heftig schüttelte und aus dessen Galabijah mehrere aus den Sperrgebieten geschmuggelte Videokassetten fielen. Noch bevor der staunende Olmert seinen Mund wieder schließen konnte, hatten die Reporter der ausländischen TV-Sender sich ihre Kassetten geschnappt, um aus dem "palästinensischen" Material ihre Berichte zusammenzuschneiden.

Welche Erfahrungen macht unser Korrespondent in Rafah?

Ägypten hat sofort reagiert. Stunden nachdem am Montag an der Rafah-Grenze zum Gazastreifen Ägypter und Palästinenser aufeinander geschossen hatten, wurde der gesamte Sinai für Journalisten gesperrt. Wer es dennoch versuchte, blieb bereits kurz hinter dem Suezkanal am ersten Checkpoint hängen, 200 Kilometer von der Grenzstation Rafah entfernt. Fünf Stunden Verhandlungen, zahllose Telefonate, selbst Interventionen des deutschen Botschafters beim Innenminister – nichts zu machen. Ägypten will keine Zeugen, wenn "arabische Brüder" an seiner Grenze aufeinander schießen. Und keine Zeugen, wenn seine Grenzer fliehende Palästinenser mit Waffengewalt in den Gazastreifen zurücktreiben. Also umkehren nach Kairo und den ganzen Silvestertag die

Behörden belagern – eine schwierige Aufgabe. Denn einreisen durfte nur, wer drei Genehmigungen vorzuweisen hatte, vom Innenministerium, von Inlandsgeheimdienst und vom Militär.

Für Silvesterabend wurde die Entscheidung in Aussicht gestellt, spätabends hieß es dann, Journalisten können zur Grenze fahren. Doch hier wimmelt es längst vor Geheimpolizisten. Nur zum Grenzterminal selbst darf man fahren, um die humanitären Aktionen der Ägypter zu beobachten. Zwischen der letzten größeren Stadt Al Arisch und dem 40 Kilometer entfernten Übergang gibt es zehn Checkpoints. Überall das gleiche Ritual: Pässe zeigen, Palaver der versammelten Geheimdienstleute in ihren braunen Lederjacken und dann das Signal zur Weiterfahrt. Als am Neujahrsabend auf dem Flugplatz von Al Arisch die ersten Verletzten in das saudische und jordanische Rettungsflugzeug geladen wurden, blieben die Ägypter stur. Niemand durfte auf die Basis. Kairo wünscht keine Bilder von Verletzten, wie sie in supermodernen fliegenden Kliniken der anderen arabischen Staaten geladen werden. Auch die zwölf Kilometer lange Grenzbarriere zwischen Ägypten und Gaza ist hermetisch abgeriegelt. Alle Feldwege sind von Sicherheitskräften blockiert. Wer dennoch mit dem Geländewagen eine Lücke findet, dem kann es passieren, dass der erste Dorfbewohner, den er nach dem Weg fragt, sofort den Geheimdienst herbeiruft. Die Nummer haben hier offenbar viele in ihren Handys gespeichert.

2. Die Fernsehbilder vom Krieg in Gaza lügen

von Alan Posener

Weltonline, 8. Januar 2009, 17:09 Uhr

Wer dieser Tage einen Fernsehbericht über den Krieg in Gaza anschaut, sieht keine palästinensischen Kämpfer. Es scheint, als gebe es dort nur weinende Mütter, verletzte Kinder, verzweifelte Männer. Die Hamas kontrolliert genau, was gefilmt wird. Auch Israel hat an unabhängiger Berichterstattung kein Interesse.

Leblose blutende Kinder, weinende Mütter, verzweifelte Väter und Ehemänner vor den überlasteten Krankenhäusern – jeden Tag erreichen die Welt neue Bilder des Leids aus Gaza. Immer sind es Bilder palästinensischer Opfer. Bilder der palästinensischen Täter hingegen gibt es nicht.

Der Krieg zwischen Israel und der Hamas wird der Öffentlichkeit nur durch einen Filter präsentiert. Gesendet wird, was der jeweiligen Seite zum Vorteil gereicht. Israel hat den Gazastreifen für ausländische Berichtersteller geschlossen, und so kommt die sogenannte Wahrheit über den Krieg ausschließlich über fremde Augen zustande, stammen die Bilder, die über die Schirme in aller Welt flackern, fast ausschließlich von palästinensischen Kameralenten. Deshalb hat Israels Armee inzwischen einen Kanal im Internetportal YouTube geschaltet, wo man

von Kampfflugzeugen und Drohnen aufgenommene Bilder von Hamas-Kämpfern abrufen kann.

Mahmud Dschaber berichtet seit Jahren für das ZDF. In einem Beitrag für das Auslandsjournal gibt er offen zu, dass die Hamas seine Beiträge zensiert. „Es gibt Gegenden, wo uns das Drehen verboten wird, angeblich aus Sicherheitsgründen. Wir sind auch schon mehr als einmal verprügelt und geschlagen worden.“ Die Hamas hat kein Interesse daran, lebende Kämpfer abzubilden, die Raketen auf israelische Dörfer schießen. Denn die Hamas hat ebenso wie Israel verstanden: Den Medienkrieg zu gewinnen hat auch Bedeutung für das echte Kampfgeschehen.

Und so geht Dschaber täglich in die Krankenhäuser in Gaza-Stadt. Dort filmt er mit Hamas-Erlaubnis die Toten, Verletzten, das menschliche Leid und Elend. „In Gaza wird aber nichts geschnitten“, erklärt er. Die Redaktionen bekämen das Rohmaterial, könnten dann frei entscheiden, was gesendet wird. Diese Maßnahme soll der Manipulation vorbeugen. Das Problem dabei ist, dass die ganze Wirklichkeit gar nicht erst in den Kasten kommt. „Wenn du die filmst (Hamas oder Hisbollah; d. Red.), musst du das sehr verdeckt tun. Wenn die das mitkriegen, kann es sein, dass sie sofort schießen. Da wird unter Umständen nicht lange verhandelt“, sagt ein Korrespondent, der vor der jetzigen Auseinandersetzung in Gaza und im Libanon über Hamas und Hisbollah für das öffentlich-rechtliche Fernsehen berichtet hat.

Die Berichterstattung wird zur Waffe. „Medien wie al-Dschasira haben realisiert, dass das Zeigen von Opfern die effektivste Waffe in der politischen Auseinandersetzung mit Israel ist“, sagt Politikwissenschaftler Herfried Münkler. In der Flut aus einseitigen Bildern lassen sich selbst renommierte Medienanstalten an der Nase herumführen. So zeigte der französische Fernsehsender France 2 ein Video, das angeblich die Opfer eines israelischen Angriffs am 1. Januar zeigte – in Wirklichkeit stammten die Bilder von einer Explosion aus dem Jahr 2005. Sie war von Hamas-Raketen ausgelöst worden, die auf einem Lastwagen lagerten.

Objektiv zu berichten wird unmöglich. „Wir sind außen vor und beobachten von einem gemütlichen Hügel aus, was sich in einem Kilometer Entfernung abspielt“, klagt ARD-Korrespondent Richard Schneider in einem Beitrag für das NDR-Magazin „Zapp“. Ein weiteres Problem: Anders als die israelische Armee sind Hamas-Kämpfer kaum zu identifizieren. „Sie tragen keine Uniform und tauchen in der Bevölkerung unter. Ob ein Toter Zivilist oder Hamas-Kämpfer war, kann man nicht erkennen“, sagt Münkler. Ein Foto von ihnen kann ihr Todesurteil sein. „Die Hamas-Kämpfer sind Ziel der israelischen Angriffe, und jeder Fotograf in ihrer Nähe würde damit auch in Gefahr sein“, sagt Gernot Hensel, Managing Editor der Fotoagentur European Pressphoto Agency. Keine Fotos bedeuten bessere Überlebenschancen.

IV. Internationale Aspekte des Konflikts

1. Ägypten holt Israel und Palästinenser an Verhandlungstisch

Von Volkhard Windfuhr, Ulrike Putz und Yassin Musharbash
SPIEGEL Online, 8. Januar 2009

Auch in der Nacht wurde im Gaza-Streifen gekämpft - doch im Laufe des Tages beginnen in Ägypten Verhandlungen über eine dauerhafte Waffenruhe. Israel, Hamas und Palästinenser-Präsident Abbas schicken Vertreter. Schon bald könnte eine europäisch-arabische Friedensmission gestartet werden.

Kairo/Aschkelon/Berlin - Die israelische Armee hat in der Nacht ihre Offensive im Süden des Gaza-Streifens verstärkt. Kampfflugzeuge bombardierten Rafah an der Grenze zu Ägypten - sie hatten die unterirdischen Gänge an der Grenze zu Ägypten zum Ziel, durch die Waffen und Vorräte in den abgeriegelten Gaza-Streifen gelangen. Über den Grenzübergang Kissufim im Süden wurden Dutzende israelische Panzer beobachtet, wie sie in Richtung Chan Junis aufbrachen, einer Hochburg der im Gaza-Streifen herrschenden islamistischen Hamas. Auch im Norden gingen Augenzeugen zufolge die Luftangriffe weiter. Zugleich gibt es allerdings auch an der diplomatischen Front Bewegung. In Kairo werden an diesem Donnerstag Vertreter Israels und der Palästinenser zu Gesprächen erwartet. Der ägyptische Uno-Botschafter Maged Abdelasis sagte, zu den Gesprächen über einen Waffenstillstand seien Israel, die Palästinensische Autonomiebehörde von Präsident Mahmud Abbas, dessen Fatah im Westjordanland regiert, sowie die Hamas eingeladen. Jede Delegation werde mit ägyptischen Regierungsvertretern zusammenkommen, Begegnungen untereinander seien aber nicht geplant. In den Gesprächen soll die ägyptisch-französische Initiative für eine Waffenruhe im Gaza-Streifen erörtert werden. Israel will Amos Gilad nach Kairo schicken, den politischen Berater von Verteidigungsminister Ehud Barak.

Erfolg für Mubarak und Sarkozy

Die Verhandlungen in Kairo sind ein großer Erfolg für den Staatschef Husni Mubarak, dem im Nahen Osten derzeit vermeintliche Untätigkeit vorgeworfen wird. "Die großen ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser und Anwar al-Sadat haben den Nahen Osten, sogar die Welt verändert," posaunte am Mittwoch etwa ein in Beirut beheimateter TV-Sender. "Und was hat Husni Mubarak für die Araber getan?" Ausgerechnet dem verspotteten Präsidenten scheint es nun gelungen, die internationalen Bemühungen um eine Waffenruhe ein gutes Stück voranzutreiben - im Verbund mit dem französischen Kollegen Nicolas Sarkozy.

Noch sind wenige Details des Plans klar, und noch weniger wird offiziell bekannt - aber hinter den Kulissen fügt sich allmählich ein Puzzlesteinchen an das nächste. Kernbestandteil des diplomatischen Deals ist offenbar eine

Beobachtermission, die von arabischen und europäischen Staaten gestellt werden soll. Zunächst soll eine Waffenruhe vereinbart, danach die Details verhandelt werden.

Nach Informationen von SPIEGEL ONLINE wird an Einzelheiten getüfelt: Tunesien wurde für die Mission angefragt, Jordanien ist noch nicht aus dem Rennen, die Saudis haben abgewinkt, Ägypten selbst ist widerwillig, würde sich aber womöglich nicht verschließen. Aus der Türkei verlautete, dass auch Ankara mitwirken könnte - eventuell gar federführend. Zustimmung auch aus Europa: Dänemark und die Niederlande schlugen ebenfalls eine internationale Mission an der Gaza-Ägypten-Grenze vor.

Hamas lässt Kompromissbereitschaft erkennen

Die vorgeschlagene internationale Truppe, deren Mandat, Ausstattung und Einsatzregularien noch nicht geklärt sind, hätte vor allem zwei Aufgaben: Dafür zu sorgen, dass die Hamas keine weiteren Raketen auf israelisches Gebiet abfeuert; und den Nachschub für die Islamistenorganisation zu unterbinden. Ägypten sähe allerdings am liebsten eine aus Soldaten, nicht nur aus Beobachtern bestehende Truppe.

Der von Ägypten und Frankreich vorangetriebene Plan berücksichtigt, was sich als die drei unabdingbaren Bedingungen Israels herauskristallisiert haben:

- Die Hamas muss ihren Raketenbeschuss einstellen,
- sie darf die Waffenruhe nicht nutzen, um aufzurüsten,
- ein internationales Gremium soll dies überwachen.

Hamas habe trotzdem bereits "grünes Licht erkennen lassen", sagte ein palästinensischer Sprecher am Mittwoch in Kairo SPIEGEL ONLINE. Obwohl der Preis hoch sei. "Was soll's," gestand auch ein weiterer, hochgestellter Hamas-Funktionär, "wir alle brauchen Ägypten."

Aus Israel wurde die ägyptisch-französische Initiative ebenfalls mit Wohlwollen bedacht: "Das wäre für unsere Regierung sicher der beste Ausweg aus dem neuen Dilemma", bewertete ein israelischer Diplomat den Lösungsansatz. Die Regierung sandte dazu passende Signale: Zwar nahm die Armee nach Beendigung einer dreistündigen "humanitären Feuerpause" ihr Bombardement wieder auf; aber die Ausweitung der Gaza-Offensive wurde vom Sicherheitskabinett genehmigt - jedoch vertagt.

Natürlich sind entscheidende Fragen noch offen. So hatte Israel bisher darauf beharrt, dass die Hamas nicht mit am Verhandlungstisch sitzen dürfe. Trotzdem kam am Mittwoch eine Hamas-Abordnung in Kairo an - offenkundig mit dem Ziel, die Spielräume auszuloten. Dies wurde offenbar als Gebot der Realität wahrgenommen und zunächst von keinem Akteur thematisiert. Am Abend

bestätigte der ägyptische Uno-Botschafter Maged Abdelaziz in New York, alle Seiten hätten zugestimmt, eine "technische Delegation" zu einem Treffen am Donnerstag in Kairo zu entsenden. Im Mittelpunkt des Gesprächs solle die ägyptisch-französische Initiative für einen Waffenstillstand stehen.

Was geschieht an der Grenze zu Ägypten?

Eine zweite Frage, die mit Gewissheit zentral werden wird, ist die der künftigen Situation an der Grenze zwischen dem Gaza-Streifen und Ägypten. Will die Hamas politisch überleben, muss sie wenigstens die Versorgung des Gaza-Streifens sichern. Dazu wird sie wohl darauf drängen, dass die Grenze zu Ägypten künftig dauerhaft geöffnet ist. Könnte Gaza seinen Handel und Personenverkehr über Ägypten abwickeln, verlöre Jerusalem zudem die Möglichkeit, per Grenzschießung Druck auf die Hamas auszuüben. Das ließe sich als Teilsieg der Hamas verkaufen - wäre aber nicht zwangsläufig ein Problem für die israelische Regierung. Denn geht es nach ihr, wird Ägypten in Zukunft noch wesentlich größere Aufgaben schultern müssen. Israel macht keinen Hehl daraus, dass es "Gaza gern loswerden würde", sagt Efraim Inbar, Direktor des Begin-Sadat-Zentrums für Strategische Studien in Jerusalem. "Wenn in Zukunft alle Transporte, seien es Personen oder Güter, über Ägypten abgewickelt würden, wäre das ein großer Erfolg für Israel."

So sieht es danach aus, als würde Ägypten als Quasi-Garantiemacht des angestrebten Abkommens nicht umhinkommen, ein gewisses Risiko einzugehen. Denn auch wenn die internationale Gemeinschaft künftig in die Überwachung eines neuen Waffenstillstands eingebunden sein sollte: Die Hauptverantwortung dafür, die Wiederbewaffnung der Hamas zu verhindern, wäre Kairo zugeschanzt. "Es besteht die Erwartung, dass Ägypten sich künftig verantwortungsvoller darum kümmert, den Waffenschmuggel durch die Tunnel unter seiner Grenze hindurch zu verhindern", sagt Inbar. Ägypten stecke dadurch in einem Dilemma. Auf keinen Fall wolle es "die heiße Kartoffel Gaza" zugeschoben bekommen, dürfe das aber mit Rücksicht auf die arabische Straße nicht offen zeigen. Richtig ist, dass es in ägyptischen Regierungskreisen als völlig ausgeschlossen gilt, dass Kairo je wieder die Verwaltung des Streifens übernimmt.

Mubaraks innenpolitische Schwierigkeiten

Mubarak trägt indessen ein doppeltes Risiko. Denn Ägyptens konstruktive Rolle birgt innenpolitische Gefahr, was in Israel noch kaum ein Echo findet. Ägyptens Handeln im israelisch-palästinensischen Dauerkonflikt gleicht stets der Wanderung auf einem Saumpfad. Jede Erschütterung kann den Absturz in den Abgrund bedeuten. Kritiker im arabischen Lager, die von Kairo politische, möglichst auch militärische Paukenschläge erwarten, um alle Probleme zwischen Arabern und Israelis aus der Welt zu schaffen, sind eine Gefahr für auf Moderation bedachte Politik.

In den Straßen Kairos gibt es derzeit zwar durchaus Verständnis für Mubaraks Politik. Aber es wird getrübt durch die Überzeugung, dass eben auch Israel Schuld an der Eskalation hat. Etwa, weil es sich nicht an die Vereinbarung

gehalten hat, einen Stopp der Siedlungsaktivitäten im besetzten Westjordanland zu organisieren.

Mubarak rief die Hamas mehrfach auf, die Raketenabschüsse einzustellen, um ein absehbares Zuschlagen der israelischen Armee zu verhindern. Doch schon dieser Ruf zur Vernunft wurde als "Dolchstoß gegen die arabischen Nationalisten und gegen den Islam" diffamiert.

"Nie wieder werden wir mit Ägyptern an einem Tisch sitzen", gelobte damals Ismail Haniya, der Hamas-Statthalter im Gaza-Streifen. Nun sieht die Lage anders aus. Und die Hamas scheint sogar bereit, ein weiteres, schwieriges Zugeständnis zu machen: Die diskutierte Initiative sieht eine Rolle für die Palästinensische Autonomiebehörde im Gaza-Streifen vor. Diese wird von der Fatah dominiert, mit der die Hamas verfeindet ist.

Bei der künftigen Grenzkontrolle, so scheint es angedacht, sollen die Institutionen von Präsident Mahmud Abbas mitmachen - womöglich gemeinsam mit EU und Soldaten anderer Länder. Die Hamas hatte die Fatah 2007 aus dem Gaza-Streifen weggeputscht. Abbas ist in die laufenden Gespräche involviert und wird am Samstag zur Feinabstimmung nach Kairo reisen. Die Hamas scheint sich damit abgefunden zu haben.

Eine Garantie ist das noch nicht. Aber ein Hoffnungsschimmer.

2. Israel verhandelt über Waffenruhe

Süddeutsche Zeitung, 8. Januar 2009

Seit fast zwei Wochen kämpft Israel im Gaza-Streifen gegen die Hamas. Nun sollen in Ägypten Gespräche über einen Waffenstillstand beginnen.

Israel will an diesem Donnerstag in Kairo Gespräche über eine Waffenruhe im Gaza-Streifen aufnehmen. Doch noch vor Beginn der Verhandlungen sieht sich das Land mit einer zweiten Front konfrontiert: Im Norden Israels schlugen Donnerstagfrüh mehrere aus dem Libanon abgefeuerte Raketen ein.

Am 13. Tag der israelischen Militäroperation gegen die radikal-islamische Hamas im Gaza-Streifen werden die Israelis in der ägyptischen Hauptstadt erwartet. Dies teilte der ägyptische Außenminister Ahmed Abul Gheit mit.

Eine Delegation um Amos Gilad, einem engen Vertrauten und Berater des israelischen Verteidigungsministers Ehud Barak, werde dort einen ägyptisch-französischen Vorschlag für einen Waffenstillstand erörtern, berichteten israelische Medien.

Ägyptens Außenminister Abul bestätigte, dass auch die Hamas eingeladen worden sei. Noch sei unklar, ob die palästinensische Organisation Vertreter nach Kairo schicke. Der ägyptische UN-Botschafter, Maged Abdelasis, sagte hingegen am Mittwoch am UN-Sitz in New York, "Vertreter aller Seiten" hätten vor, nach Kairo zu kommen.

Vorgehen gegen Schmugglertunnel

Jede Delegation werde sich mit ägyptischen Regierungsvertretern treffen, gemeinsame Gespräche aller Parteien seien aber nicht geplant. In New York unterbrach der UN-Weltsicherheitsrat seine dreitägigen Beratungen über den Konflikt, ohne eine gemeinsame Linie zu finden.

Unterdessen ging die israelische Armee in der Nacht zum Donnerstag erneut gegen Schmugglertunnel an der Grenze zwischen dem Gaza-Streifen und Ägypten vor. Auch aus dem Norden des Palästinensergebiets wurden Kämpfe gemeldet. Nach palästinensischen Angaben flogen die israelischen Streitkräfte am frühen Donnerstagsmorgen mehr als 20 Angriffe rund um Gaza-Stadt. Ein Mensch sei dabei getötet worden.

Verteidigungsminister Barak unterstrich erneut, dass eine dauerhafte Einstellung des Raketenbeschusses auf Israel Voraussetzung für eine Waffenruhe sei. Der Militäreinsatz gegen die Hamas zielen darauf ab, für die Menschen im Süden Israels eine "sicherere Wirklichkeit zu schaffen", sagte Barack nach einem Bericht der Tageszeitung *Haaretz* am Mittwochabend bei einem Treffen mit EU-Chefdiplomat Javier Solana.

Sollte ein mögliches Abkommen dieses Ziel nicht erfüllen, "werden die israelischen Streitkräfte ihren Einsatz im Gaza-Streifen fortsetzen und möglicherweise noch ausdehnen".

Der französisch-ägyptische Vorschlag, den Ägyptens Präsident Husni Mubarak am Dienstag vorgestellt hatte, sieht eine unverzügliche Waffenruhe vor. Im Anschluss daran sollten umgehend Gespräche über die Sicherung der Grenze zwischen Ägypten und dem Gaza-Streifen sowie zwischen den verfeindeten Palästinenserfraktionen - der Hamas und der Fatah von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas - beginnen.

Erneute Luftangriffe auf Gaza

Ahmed Jussuf, ein Berater des Hamas-Spitzenpolitikers Ismail Hanija, äußerte sich optimistisch zu den Chancen auf eine Waffenruhe. "Angesichts der derzeitigen diplomatischen Bemühungen bin ich überzeugt, dass wir in der Lage sein sollten, uns binnen 48 Stunden auf eine von beiden Seiten akzeptierte Regelung zu einigen", sagte er dem israelischen Onlinedienst ynet.

Frauen als Friedensstifter

Bei den Gesprächen in Kairo soll nach *Haaretz*-Informationen zunächst die Unterbindung des Waffenschmuggels in den Gaza-Streifen durch Tunnel unter der ägyptischen Grenze im Mittelpunkt stehen.

Israelische Kampfflugzeuge griffen das Gebiet in der Nacht zum Donnerstag erneut an. Der arabische Nachrichtensender Al-Dschasira berichtete am Morgen von 30 zerstörten Häusern. Zuvor waren Flugblätter abgeworfen worden, in denen die Bewohner vor den Angriffen gewarnt und zum Verlassen des Gebietes aufgefordert wurden.

Nach Berichten des US-Senders CNN und Al-Dschasiras verstärkten die israelischen Truppen in der Nacht auch ihre Angriffe im Norden des Gaza-Streifens. Korrespondenten berichteten von der nahegelegenen israelischen Grenze, dass schwere Explosionen und der Lärm von Flugzeugen und Kampfhubschraubern aus dem Gebiet zu hören gewesen seien. Al-Dschasira meldete, dass erneut auch das Regierungsgebäude in Gaza angegriffen wurde.

"Denkpause" des UN-Sicherheitsrats

Am Mittwoch hatte die israelische Armee die Kampfhandlungen im Gaza-Streifen für drei Stunden unterbrochen, um Hilfslieferungen für die notleidende Bevölkerung zu ermöglichen. Auch die Hamas schoss in der Zeit von 13:00 bis 16:00 Uhr keine Raketen auf südisraelisches Gebiet ab. Anschließend gingen die Kämpfe weiter.

Trotz eines dreitägigen Verhandlungsmarathons konnten sich die 15 Mitglieder des Weltsicherheitsrats auch am Mittwoch nicht auf eine gemeinsame Linie in dem Gaza-Konflikt einigen. Die drei westlichen Vetomächte USA, Frankreich und Großbritannien legte einen Textentwurf vor, der die neue ägyptische Friedensinitiative unterstützen und eine sofortige Waffenruhe fordern sollte.

Die arabische Seite bestand jedoch darauf, eine weitergehende, völkerrechtlich bindende Resolution zu verabschieden. Wie der amtierende Ratsvorsitzende Jean Maurice Ripert mitteilte, wurden die Gespräche für eine Denkpause unterbrochen. Ein neuer Termin wurde zunächst nicht mitgeteilt. Die Beratungen des UN-Sicherheitsrats sollen an diesem Donnerstag fortgesetzt werden.

Unterdessen teilten Dänemark und die Niederlande mit, sie hätten die EU zur Entsendung von Polizeieinheiten zur Überwachung der Grenze zwischen Ägypten und dem Gaza-Streifen aufgefordert. Das dänische Außenministerium erklärte, beide Länder hätten die EU aufgerufen, diesen Vorschlag den Ägyptern und den palästinensischen Behörden zu unterbreiten. Dies könne dazu beitragen, die Voraussetzungen für einen dauerhaften Waffenstillstand zu schaffen.

(AFP/AP/dpa/Reuters/gal)

3. Die Grenze zwischen Rafah und Ägypten

Von Martin Gehlen

Der Tagesspiegel Online, 7. Januar 2009

Seit die Hamas die Fatah von der Grenze zwischen Ägypten und Palästina vertrieben hat, sind die Grenzübergänge geschlossen. Ein Teil der arabischen Welt ist empört und wirft Präsident Mubarak vor, auf der Seite Israels zu stehen.

Schwere Explosionen sind zu hören, immer wieder steigen Rauchpilze auf, über dem Grenzübergang Rafah zwischen Ägypten und dem Gazastreifen kreist heulend eine Drohne. Zum wiederholten Mal bombardieren israelische Kampffjets seit Beginn des Krieges den so genannten Philadelphia-Korridor einem knapp 14 Kilometer langen Streifen Niemandsland hinter der ägyptischen Grenzmauer. Hier verlaufen die mehr als 800 Tunnel zwischen dem palästinensischen und ägyptischen Teil der Stadt Rafah, durch den der Gazastreifen seit Beginn der Blockade durch Israel im Juni 2007 zum Teil versorgt wurde. Die Hälfte, glaubt der israelische Generalstab, ist inzwischen zerstört. Doch längst nicht alle. Manche dieser Tunnel sind über fünfzehn Meter tief und einen Kilometer lang, mit Stromversorgung und Telefonverbindung zur anderen Seite. Durch andere führen Pipelines für Benzin und Diesel. Ob Lebensmittel, Schafe oder Autoteile -- alles gelangte vor dem Krieg unter der Erde auf die andere Seite -- auch Waffen, Panzerabwehrraketen und Sprengstoff.

Die offizielle Grenzstation nebenan jedoch ist seit der Machtübernahme durch die Hamas praktisch geschlossen. Nach dem ausgehandelten Grenzvertrag zwischen Ägypten, Israel und der Palästinensischen Selbstverwaltung teilen sich Ägypten und die Fatahregierung Kontrollen, überwacht von europäischen Beobachtern. Israel behielt das Recht, über Kameras das Geschehen an der Grenze zu überwachen und Einwände gegen Personen zu erheben, die passieren wollten. Doch seit Sommer 2007 sind die Europäer abgezogen, die Fatah von Hamas aus dem Gazastreifen vertrieben. Und Ägyptens Präsident Hosni Mubarak weigerte sich, die Hamas auf der palästinensischen Seite als neuen Grenzpartner zu akzeptieren. Kairo steht auf dem Standpunkt, solange das Abkommen nicht mehr erfüllt werden kann, bleibt der Übergang dicht - was seit Beginn des Krieges vor 11 Tagen immer mehr Menschen in der arabischen Welt erbittert. Auf zahlreichen Kundgebungen warfen Demonstranten Mubarak vor, mit Israel gemeinsame Sache zu machen. "Mubarak, worauf wartest du", skandierten die Menschen in Kairo. "Mubarak ist ein Esel", riefen die Leute in Marokko.

Auf ägyptische Initiative rücken nun die illegalen Tunnel und die Regelung für den Rafah-Übergang mit ins Zentrum der Verhandlungen über einen Waffenstillstand. Tony Blair, Sondergesandter des Nahostquartetts, erklärte, wenn die Schmuggelröhren geschlossen würden "könnte man sehr schnell einen Waffenstillstand vereinbaren". Präsident Hosni Mubarak lud für Mittwoch eine israelische Verhandlungsdelegation nach Sharm El Sheikh ein, um die "Sicherheit an der Grenze zwischen Ägypten und Gaza zu diskutieren". Israels

Ministerpräsident Ehud Olmert reagierte verhalten positiv und erklärte bei einem Besuch der Stadt Sderot, die "terroristischen" Raketenangriffe und der Waffenschmuggel von Ägypten nach Gaza müssten aufhören, bevor Israel seine Kampfhandlungen beende.

Kairo steht vor einem Dilemma. Einerseits möchte auch Mubarak der Hamas die Waffenversorgung abschneiden. Dann aber müsste er über seinen Grenzübergang künftig auch die offizielle Versorgung der überbevölkerten Enklave garantieren. Bei der nächsten israelischen Blockade bliebe die gesamte Belieferung des Küstenstreifens komplett an Ägypten hängen. Und angesichts der innerpalästinensischen Unversöhnlichkeit ist es nur noch ein kleiner Schritt, bis Gaza auch politisch de facto wieder an Ägypten fällt -- wie vor dem Sechstagekrieg 1967. Eine Hamas-Emirat als ägyptische Westprovinz -- für die Herrschenden am Nil ein Alptraum.

4. Ohnmächtiges Mitleid für die Bevölkerung

Frankfurter Allgemeine Zeitung Online, 7. Januar 2009

Von Jörg Bremer, Jerusalem

Israelische Panzergranaten haben nach Aussagen von Ärzten mindestens 40 Palästinenser nahe einer Schule der Vereinten Nationen (UN) im Gazastreifen getötet. Den Angaben nach schlugen am Dienstag zwei Geschosse vor dem Gebäude ein, in dem Hunderte Palästinenser Zuflucht vor den Kämpfen zwischen israelischen Soldaten und der radikal-islamischen Hamas gesucht hatten. Wenige Stunden zuvor waren bei einem israelischen Luftangriff auf eine andere UN-Schule schon drei Palästinenser ums Leben gekommen.

In Ministerien und Privathäusern folgen die Menschen im Westjordanland wie gelähmt den grauenvollen Fernsehbildern aus dem Gazastreifen. „Das sind israelische Kriegsverbrechen, die eines Tages gesühnt werden“, sagt der Generaldirektor in einem Ministerium. „Das gesamte palästinensische Volk, nein, die gesamte arabische Nation sieht sich vereint mit der leidenden Bevölkerung.“ Der Mann gehört zur säkularen Bewegung unter dem Präsidenten der palästinensischen Autonomiebehörde, dem PLO- und Fatah-Chef Mahmud Abbas. Abbas und seine Anhänger sind zwar an dem Krieg nicht beteiligt, wollen aber an einem Waffenstillstand teilhaben, ohne dabei als Gehilfe der Israelis zu erscheinen.

Schulen mit Flaggen und Farbe gekennzeichnet

Nach dem Völkerrecht ist die Autonomiebehörde in Ramallah für die Bevölkerung im Gazastreifen zuständig. Es war die islamistische Hamas, die ihr diese Zuständigkeit mit dem Putsch im Juni 2007 entriss. Seither unterstützt Ramallah nur die staatlichen und städtischen Angestellten im Gazastreifen, die nicht in der Hamas-Bürokratie mitarbeiten. Schützen aber kann sie weder ihre eigenen Leute

noch die Bevölkerung insgesamt. „Niemand ist sicher im Gazastreifen“, klagt der Leiter der UN-Vertretung in Gaza, John Ging. Bei mehreren Angriffen auf mindestens drei Schulen wurden zwischen Montag und Dienstag mindestens 25 Personen getötet. Die Schulen sind von den Vereinten Nationen als Schutzeinrichtung für die fliehende Bevölkerung hergerichtet worden, einige hundert Personen hatten sich in diesen Schulen aufgehalten. Alle Schulen des UN-Hilfswerkes UNWRA sind mit blauen UN-Flaggen gekennzeichnet und zum Teil mit blauer Farbe markiert, sodass sie als UN-Gebäude erkennbar sind.

Bei Straßenkämpfen am Dienstagmorgen wurden nach Angaben palästinensischer Ärzte mindestens 18 Palästinenser getötet; von ihnen aber seien nur zwei Hamas-Kämpfer gewesen. Am Montag seien mindestens 20 Kinder gestorben, sagt ein Sprecher des Gesundheitsministeriums in Gaza. Fatah-Sympathisanten nehmen auch ältere Berichte besonders zur Kenntnis, nach denen „Gefängniswärter der Hamas“ in die Beine flüchtender Fatah-Aktivisten geschossen hätten, als diese nach der Bombardierung eines Gefängnisses in Gaza-Stadt fliehen wollten. Der einzige Vorwurf gegen diese Männer sei der, zur Fatah zu gehören, heißt es aus der Fatah.

Demonstrationen für Hamas verhindert

Während mithin Fatah-Politiker in Ramallah Mitleid mit der Bevölkerung insgesamt haben dürften, das israelische Vorgehen gegen die Hamas beschwert die Herzen der Fatah-Politiker wenig. Der palästinensischen Polizei im Westjordanland gelang es, Demonstrationen für die Hamas zu verhindern. Ihren Sympathisanten droht die Haft. Es dürfe nur Umzüge aus Solidarität für die palästinensische Bevölkerung geben, heißt es. Aber offenbar ist das Bedürfnis für jegliche Kundgebung gering, denn auch der Aufruf der Hamas aus dem Gazastreifen, ihr im Westjordanland zu helfen, verhallte bisher ungehört. Nach ersten Unruhen am Anfang der Kämpfe demonstrierten dieser Tage nur noch einige hundert Menschen in Nablus. Es gelang ihnen nicht, eine größere Anzahl von Passanten mit sich zu reißen.

Wer dieser Tage in Ramallah danach fragt, ob Präsident Abbas in dieser Notlage die palästinensische Sache gut vertrete, erntet indessen nur ein Achselzucken. Ob die Fatah in der Lage sei, die palästinensische Nation aus der Krise herauszuführen? Wieder Achselzucken. Tatsächlich können sich viele vorstellen, dass selbst eine offensichtliche Hamas-Niederlage der Fatah keinen Aufwind bringen würde - und der Hamas gleichwohl die Zukunft sichern könnte. Der frühere palästinensische Planungsminister Chatib sagt, die Ziele der Israelis und der Hamas schlossen sich nicht völlig aus. Die Hamas wolle sich vor allem als wichtigster Akteur in den palästinensischen Gebieten in Szene setzen. Nicht die Fatah, sondern die Hamas wolle über Krieg oder Frieden mit den Israelis entscheiden.

Fatah beklagt mangelnde Unterstützung durch Israel

Das geht mit dem Kommentar von Hamas-Sprecher Nazzal einher: „Das letzte Wort fällt bei der Widerstandsbewegung und nicht bei der so genannten legitimen Führung (in Ramallah).“ Das israelische Kalkül widerspreche dem nicht komplett, meint Chatib. Israel wolle den Raketenhagel auf seine Bevölkerung beenden und die Schmuggeltunnel nach Ägypten versiegelt wissen. Aber letztlich baue Israel darauf, dass die Hamas den Beschuss unterbindet - nicht die Fatah.

So fürchtet die Fatah um ihre Stellung. Der französische Präsident Sarkozy wurde jetzt wie andere EU-Politiker in Ramallah daran erinnert, dass es einen neuen Waffenstillstand im Gazastreifen nur mit Beteiligung der Fatah geben sollte. Die Ehrengarde von Abbas könnte die Grenzterminals nach Ägypten und Israel kontrollieren; die Hamas sollte ausgeschlossen bleiben. Dass aber Israel die Hamas in den Gehorsam der Autonomiebehörde treiben will, glaubt niemand in Ramallah. „Wenn die Israelis wirklich ein Interesse an Frieden haben, dann würden sie jetzt nicht nur auf die Hamas einschlagen“, sagt der Generaldirektor in Ramallah. Sondern sie würden der Fatah helfen und „zugleich im Westjordanland illegale Außenposten räumen, um der gesamten Bevölkerung zu zeigen, dass sich die von der Autonomie durchgesetzte Ruhe im Westjordanland auszahlt und dem Ausgleich mit Israel näher bringt. Das würde die Hamas entscheidend schwächen“.

5. Europäische Antisemiten leben ihren Judenhass aus

Sarah Maria Brech

Weltonline, 8.01.2009

Gaza-Krieg dient als Plattform

Berlin - Eine Welle antisemitischer Gewalt schwappt durch Europa. Wieder einmal. Im französischen Toulouse etwa rammte ein brennender Wagen das Eisengitter der Synagoge. Menschen wurden nicht verletzt, doch es hätte schlimmer kommen können - die Polizei stellte einen zweiten Wagen mit nicht gezündeten Brandsätzen sowie Molotowcocktails im Hof der Synagoge sicher. Die Täter seien offenbar von einem Alarm gestört worden, hieß es. In Brüssel versuchten Unbekannte, eine Synagoge anzuzünden. In den Niederlanden wurde das sozialistische Parlamentsmitglied Harry van Bommel auf einer Demonstration gesichtet, er skandierte "Intifada, Intifada, Palästina frei!". Teilnehmer der Demonstration berichteten niederländischen Medien, sie hätten "Juden ins Gas"-Rufe aus dem Hintergrund vernommen, auch in Frankfurt soll Ähnliches gebrüllt worden sein. Im schwedischen Helsingborg schlug jemand das Fenster eines Gebäudes der jüdischen Gemeinde ein und warf einen Brandsatz hinein. Ein palästinensischer Einwanderer verletzte in Dänemark zwei Israelis mit Schüssen. In London wurde ein Brandanschlag auf eine Synagoge verübt. Und Europa steht mit dem Problem nicht allein da: In der Türkei musste

ein Basketball-Europapokalspiel abgesagt werden, weil Fans des türkischen Vereins in der Halle antiisraelische Parolen skandierten. Die Spieler des israelischen Klubs Bnei Hasharon mussten in die Umkleidekabine flüchten. In der ganzen Welt wurden bei Demonstrationen israelische Flaggen verbrannt, Davidsterne Hakenkreuzen gleichgesetzt.

"Dieses Phänomen haben wir seit Beginn der zweiten Intifada im Herbst 2000 immer wieder erlebt", sagt Juliane Wetzel, Mitarbeiterin des Instituts für Antisemitismusforschung (ZfA) in Berlin. "Die Geschehnisse im Nahen Osten dienen als Plattform. Darauf manifestieren sich antisemitische Einstellungen, die latent bereits vorhanden waren." Einstellungen, die zum Beispiel in Deutschland ein großer Teil der Gesellschaft teilt - immerhin 44 Prozent der Befragten stimmten laut der Umfrage "Deutsche Zustände" 2004 der Aussage zu, angesichts der israelischen Politik könnten sie verstehen, wenn man etwas gegen Juden habe. Der klassische Antisemitismus dagegen hat zwischen 2002 und 2008 abgenommen, so die Studie. Das bedeutet: Vor allem die alten Bekannten - Rechts- und gelegentlich Linksextreme sowie ein sehr kleiner Teil der muslimischen Migranten - hängen in Deutschland noch der Idee einer jüdischen Weltverschwörung an. Die Gleichsetzung israelischer Politik mit "den Juden" aber ist in Europa viel weiter verbreitet. Und sie führt immer wieder zu Gewalt. Zum Beispiel 2002, als Israel nach einem palästinensischen Terroranschlag mit 28 Toten Ende März die "Operation Verteidigungsschild" startete und in mehrere Städte und Lager im Westjordanland einrückte. Palästinenser berichteten von einem "Massaker" im Flüchtlingslager Dschenin - das nicht stattgefunden hatte, wie die Vereinten Nationen später feststellten. Doch da war es schon zu spät. Die europäischen Antisemiten lebten ihren Judenhass gewalttätig aus. Vor allem in Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Großbritannien wurden Menschen tätlich angegriffen und beleidigt, kam es zu Brandanschlägen auf jüdische Einrichtungen, wurden Hassreden geschwungen.

Die französische Regierung befürchtet jetzt ein erneutes Aufflammen der Gewalt. Innenministerin Michèle Alliot-Marie sagte, es gebe Anzeichen dafür, dass Einzelpersonen oder Gruppen versuchten, die Lage in Nahost "auszunutzen". Das deutsche Bundesinnenministerium ließ dagegen mitteilen, es gebe bisher keine Anhaltspunkte dafür, dass sich der Konflikt "unmittelbar auf die Sicherheitslage" in Deutschland auswirke. Der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Stephan Kramer, sagte der WELT, er registriere in der gesamten deutschen Bevölkerung, besonders unter den Muslimen, eine angespannte und aggressive Stimmung. "Ich habe aber das Gefühl, dass unter den Muslimen in Deutschland wenig Sympathie für die Hamas herrscht." Es gehe eher um Solidarität mit den palästinensischen Opfern. Nach einem Waffenstillstand - mit einer Sicherheitsgarantie für Israel und einer Perspektive für Palästina - "würde sich die Lage in Europa wohl entschärfen." Es sei schwierig zu beurteilen, ob es so schlimm wie 2002 kommen werde, meint

Wetzel. "Aber aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre denke ich, dass wir eine Zunahme von antisemitischen Handlungen erleben werden."

6. Hamas ruft weltweit zu Anschlägen auf Israelis auf

Von Alexander Ritzmann

Weltonline, 7. Januar 2009

Über ihren TV Sender al-Aqsa hat die Hamas weltweit zu Anschlägen gegen israelische Zivilisten aufgerufen. Bisher hat die Terrororganisation keine Anschläge außerhalb des Nahen Ostens verübt. Eine Strategieänderung hätte weitreichende Konsequenzen – auch für Deutschland. Denn hier leben etwa dreihundert Hamas-Anhänger.

Als am Montagabend die Hamas über ihren TV Sender al-Aqsa zu weltweiten Anschlägen gegen israelische Zivilisten aufrief, löste dies hektische Betriebsamkeit bei deutschen Sicherheitsbehörden aus. Denn in Deutschland leben laut Bundesamt für Verfassungsschutz etwa dreihundert Hamasanhänger; die Zahl der Sympathisanten beläuft sich auf ein Vielfaches.

Weil die Hamas als terroristische Organisation in Europa verboten ist, sind auch ihre Aktivitäten in Deutschland illegal. Die Hamas Anhänger in Deutschland haben sich deshalb bisher weitgehend auf das Sammeln von Geldern zum Kampf für die „Befreiung Palästinas“ beschränkt, was nach der Charta der Hamas die Vernichtung Israels bedeutet. Und sie haben, wie in den letzten Tagen, an anti-amerikanischen und anti-israelischen Demonstrationen teilgenommen, auf denen auch die Bundesregierung heftig kritisiert wird.

Es ist jedoch fraglich, ob die Hamas wirklich zwischen Israelis und Juden unterscheidet. Auf al-Aqsa TV verkündete beispielsweise der Geistliche Wael al-Zarad den Zuschauern, die Blutrache der Muslime gegen die Juden werde erst mit deren Vernichtung enden, weil die Juden versucht hätten, den Propheten Mohammed zu töten.

Yunis al-Astal, Geistlicher und Parlamentarier der Hamas, erklärt, dass Rom, der amerikanische Kontinent und Ost-Europa bald erobert werden würden. Rom, die Hauptstadt der Katholiken und Kreuzfahrer, habe dem Islam den Krieg erklärt und die Brüder von Affen und Schweinen - damit sind die Juden gemeint - in Palästina platziert.

In der Reportage "Holocaust in Palästina" berichtet al-Aksa TV, der Holocaust sei eine Verschwörung der Juden gewesen, die sich so ihrer Alten und Kranken entledigt hätten. Deren Ermordung habe man den Nazis angehängt, um so einen Staat in Palästina errichten zu können. Und gerade vor vier Wochen rief der Anführer der jordanischen Muslimbrüderschaft (MB) – die MB ist die Mutterorganisation der Hamas - auf al Aqsa TV die Palästinenser zum Mord an Juden auf: „Wir haben bereits 1929 gesehen, wie ihr die Juden in Hebron abgeschlachtet habt. Schlachtet sie heute in Hebron. Tötet sie in Palästina.“

Al-Aqsa TV ist übrigens auch in Deutschland frei empfangbar und wird unter anderem über den französischen Satellitenbetreiber Eutelsat gesendet. Im Gegensatz etwa zur libanesischen Hisbollah hat die Hamas bisher keine Anschläge außerhalb des Nahen Ostens verübt. Sollte es sich hier wie vorgestern angekündigt wirklich um eine Änderung der Strategie der Hamas handeln, so würde dies weit reichende Konsequenzen haben – auch für die Sicherheitslage in Deutschland.

*Alexander Ritzmann ist Politischer Analyst und Senior Fellow bei der European Foundation for Democracy in Brüssel. Seine An- und Einsichten zum Islamismus erscheinen wöchentlich in der **Kolumne "Dschihad auf Deutsch"**.*

7. Rückkehr eines Gespenstes

Vom Anja Maier, Die Tageszeitung Online, 11. Januar 2009

Seit Beginn des Gazakrieges gibt es weltweit Anschläge auf jüdische Einrichtungen. Auch in Deutschland fürchten sich viele Israelis und Juden vor Racheakten - und meiden die Öffentlichkeit.

Esther M. fürchtet sich. Seit 35 Jahren lebt sie nun schon in Deutschland, "aber jetzt", sagt sie, "habe ich Angst, dass andere mitkriegen, dass ich Jüdin bin. Die Leute sehen doch immer nur, wie Israel auf die armen Palästinenser schießt. Dabei wissen die meisten doch gar nicht, was wirklich los ist in Israel."

Auch Yoav Z. spürt, wie sich die Stimmung verschärft. "Wenn die Leute merken, dass ich Israeli bin, muss ich mich ständig rechtfertigen. Die anfängliche Solidarität geht jetzt zu Ende", sagt der 26-jährige Politologe. Erst vor drei Monaten ist er nach Berlin gekommen. Angst vor Übergriffen wie Esther M. hat er nicht. Aber auch er will seinen Namen lieber nicht in der Zeitung lesen. "Wenn ich mich hier schlecht fühle, gehe ich", sagt Yoav Z.

Der Ton gegenüber Juden und Israelis ist rauer geworden in Europa, seit die israelische Armee in den Gazastreifen einmarschiert ist. Die radikalislamische Hamas droht mit Anschlägen auf Juden in aller Welt. Und tatsächlich: In Brüssel, Toulouse und London haben Unbekannte Brandanschläge auf Synagogen verübt. In Dänemark hat ein palästinensischer Einwanderer zwei Israelis angeschossen. In der Türkei musste eine israelische Basketballmannschaft in die Kabinen flüchten, weil in der Halle antisemitische Parolen skandiert wurden. Und in Deutschland?

Es ist nicht so, dass sich die hier lebenden Juden einig wären in der Bewertung der Politik Israels. Auch sie kennen die Zahl der Toten und Verletzten, die

schrecklichen Bilder aus dem Gazastreifen. Aber sie pochen auf das Recht des jüdischen Staates auf Selbstverteidigung. Dafür und gegen den Terror der Hamas wollen tausende von ihnen am Sonntag in Frankfurt und Berlin demonstrieren. Aber kaum war der Berliner Demoaufruf raus, wurden im Internet die Namen, Privatadressen und Kontaktdaten der Initiatoren steckbriefartig veröffentlicht. Die Jüdische Gemeinde hat sich daraufhin an den Staatsschutz gewandt.

Die Frankfurter Organisatoren berichten von Sicherheitsbedenken der Polizei, 4.000 DemonstrantInnen werden in der Mainmetropole erwartet. Vor einer Woche, so erzählt Claudia Korenke von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG), sei in Frankfurt aus einer propalästinensischen Großdemo heraus "Vergast die Juden!" skandiert worden. Ein Mitglied der DIG habe daraufhin Strafanzeige erstattet. "Wut und Verzweiflung" fühle sie bei so was, sagt Korenke. Sie selbst ist vorsichtiger geworden. Als Vizevorsitzende der DIG habe sie zu Hause oft Besuch aus Israel, seit einem halben Jahr lässt sie die israelische Fahne zur Begrüßung lieber im Schrank. Aber darauf, das Land am Sonntag zu unterstützen, wird die 57-Jährige nicht verzichten.

Auch Stephan Kramer wird am Sonntag in Berlin demonstrieren. Der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland sagt, die Stimmung in Deutschland sei "spürbar gereizter und angespannter. Ich erlebe in den letzten drei Wochen, stärker als normalerweise, persönliche Anfeindungen." Und er nimmt ernst, dass sich Menschen wie die Verkäuferin Esther M. Sorgen machen. In der gegenwärtig aufgeheizten Stimmung könne niemand ausschließen, "dass Einzelpersonen zum Ziel von Aggression und Gewalt werden". Sachliche Kritik, so der 40-Jährige, "ist kein Sakrileg. Aber die politische Großwetterlage im Nahen Osten ist schon seit vielen Jahren stets ein Vorwand für antiisraelische und antisemitische Eruptionen."

Auch Juliane Wetzel vom Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung hat Verständnis für Juden und Israelis, die sich hier nicht mehr sicher fühlen, die sich nicht mehr trauen, ihre Meinung offensiv zu vertreten. Antisemitische Sprüche, getarnt als Israelkritik, hätten schon während der zweiten Intifada und des Libanonkrieges zugenommen. "Und irgendwelche Verrückten gibt es immer." Sie ist froh, dass die Kanzlerin Angela Merkel (CDU) klar Stellung bezogen hat, als sie die Hamas für die Eskalation im Nahen Osten verantwortlich machte. Die Politik müsse klare Standards der Auseinandersetzung setzen.

Genau das ist es, woran Alex G. Elsohn seit Jahren arbeitet. Der 44-Jährige ist Europadirektor von Givat Haviva, einer Organisation, die sich für jüdisch-arabische Verständigung einsetzt. Jedes Jahr nutzen etwa 30.000 Jugendliche die Programme des Zentrums. Elsohn will "scharf unterscheiden zwischen rechtsnationalem und arabischem Antisemitismus. In Zeiten wie diesen nimmt der arabische natürlich zu", er sei ein Übel, gegen das man kämpfen müsse. Angst hat er nicht. "Ich bin exponiert, und wer mich finden will, der kann das."

Dass Juden in Deutschland Angst haben, sich öffentlich zu Israel zu bekennen, irritiert ihn. "Entweder man steht dazu, oder man verzichtet darauf, seine Meinung zu sagen."

Esther M. verzichtet am Sonntag darauf, öffentlich ihre Meinung zu vertreten. Sie wird nicht zur Berliner Pro-Israel-Demonstration gehen. Das heißt aber nicht, dass sie etwas dagegen hätte - betont sie. "Nur weil ich das nicht tue, meine ich nicht, dass niemand demonstrieren sollte. Ich finde es gut, wenn die Leute auf die Straße gehen und sich zeigen."